

„Der Arme hat keine Stimme“

Regierung schönt den Armutsbericht: Passagen gestrichen

Berlin. (dpa) Im Armutsbericht von Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) sollen nach den Vorstellungen anderer Ressorts einige Passagen gestrichen werden. Nach empörten Reaktionen rechtfertigte das Ministerium dies am Donnerstag mit den Worten, es entspreche nicht nur dem Charakter von Ressortabstimmungen, dass in diesem Stadium Änderungen vorgenommen würden, „es ist nachgerade ihr Ziel“. Es handele sich „um ein auch für andere Berichte und Gesetzentwürfe übliches Verfahren.“

Es fehlt in der zweiten Fassung des Berichts zum Beispiel der Satz: „Die Wahrscheinlichkeit für eine Politikveränderung ist höher, wenn diese Politikveränderung von einer großen Anzahl von Menschen mit höherem Einkommen unterstützt wird.“ Das heißt: Einkommensstarke Gesellschaftsgruppen haben mehr Einfluss auf politische Entscheidungen als einkommensschwache.

Nahles hatte im März 2015 angekündigt, in dem Bericht den Einfluss von Eliten und Vermögenden auf politische Entscheidungen untersuchen zu lassen. Ihr Ministerium gab eine Studie bei dem Osnabrücker Politikwissenschaftler Armin Schäfer in Auftrag. Dessen Erkenntnisse flossen in den Bericht ein, den das Arbeitsministerium im Oktober vorlegte.

So wurde in der ersten Fassung noch von einer „Krise der Repräsentation“ gewarnt: „Personen mit geringerem Einkommen verzichten auf politische Partizipation, weil sie Erfahrungen machen, dass sich die Politik in ihren Entscheidungen weniger an ihnen orientiert.“

Das Ministerium erläuterte weiter, abschließende Stellungnahmen und Bewertungen werde die Endfassung des 5. Armuts- und Reichtumsberichts enthalten, der planmäßig im Frühjahr 2017 vom Kabinett beschlossen werden soll.

Die Änderungen sorgen für Unmut in der Großen Koalition. „Wenn sich herausstellt, dass das Kanzleramt dahintersteckt, wäre das unschön“, sagte SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach. Es sei für ihn „völlig unverständlich“, weshalb Passagen, die den stärkeren Einfluss von vermögenden Menschen auf politische Entscheidungen beschrieben, aus dem Dokument entfernt worden seien.

„Das beschreibt doch, was wir alle wissen“, sagte Lauterbach: „Der Arme hat keine Stimme.“ Gerade könne man das Phänomen in der Debatte über den Versandhandel rezeptpflichtiger Arzneien beobachten, sagte Lauterbach: „Der Druck der Apotheker ist sehr groß. Politiker der Union haben Angst vor einer Kampagne im Wahlkampf.“